

# Europa heute – aus der Sicht seiner Kirchen

*Von Jan Kerkhofs SJ*

Europa ist eines und vieles zugleich. Auf allen Gebieten, sei es nun Wirtschaft oder Kultur, Gesellschaft, Politik oder Religion, weisen der Westen, die Mitte und der Osten Europas neben Gemeinsamkeiten und einer im Grunde ähnlichen Entwicklung auch eine erstaunliche Vielfalt auf. Wir sind gezwungen, uns im vorliegenden Aufsatz auf Westeuropa zu beschränken, insbesondere auf das »Europa der Zwölf«; nach einem kurzen Überblick über die jüngsten Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet werden wir die Entwicklung der geistigen Haltung in diesem Teile Europas betrachten.

## SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE VERÄNDERUNGEN IN DER JÜNGSTEN VERGANGENHEIT

Das wichtigste Ereignis in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ist zweifellos der Vereinigungsprozeß, den Westeuropa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt. Dieser Prozeß betrifft alle europäischen Staaten, einschließlich der Länder Skandinaviens und Mitteleuropas. Sein Einfluß macht sich in allen Bereichen des Lebens bemerkbar. Ganz offensichtlich wollen wir Europäer ein geeintes Europa. Ermittlungen von *Eurobaromètre* zufolge befürworten in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft 70 % der Bevölkerung, daß ihr Land der Europäischen Gemeinschaft angehört (die Eckwerte liegen bei 87 % in den Niederlanden und 53 % in Großbritannien); 21 % finden es weder besonders gut noch besonders schlecht, und nur 9 % sind der Meinung, die Mitgliedschaft in der EG sei von Nachteil für ihr Land.

### *Lebensqualität*

Die große Mehrheit der Europäer ist am meisten von der erstaunlichen Verbesserung der Lebensqualität in Europa beeindruckt. Der Europäer verdient im Schnitt immer besser, arbeitet dabei aber immer weniger für sein Geld. Der seit Jahrzehnten andauernde Frieden, die Anwendung neuer Technologien sowie die bessere Organisation des Handels haben sowohl die Produktivität als auch das Dienstleistungsangebot gesteigert wie nie zuvor. 1990 betrug die der Arbeit gewidmete Zeit in Deutschland nur 50 % der Zeit, die dafür noch in

den Jahren 1945-1950 erforderlich war. Im Frankreich des Jahres 1800 widmeten die Menschen der Arbeit elf Jahre ihres Lebens, das im Schnitt nicht länger als 36 Jahre währte; 1990 dagegen hat man bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 73 Jahren nicht mehr als acht Jahre gearbeitet. Parallel dazu ist das Pro-Kopf-Einkommen unaufhörlich gestiegen (für die Europäische Gemeinschaft bedeutet das einen Anstieg von dem Index 73 im Jahre 1970 zu dem Index 109 im Jahre 1988, wobei wir von dem Index 100 für das Jahr 1985 ausgegangen sind); dieser Anstieg war besonders eindrucksvoll in Irland, Spanien und Italien, was aber keineswegs bedeutet, daß es neben »reichen« Ländern wie zum Beispiel Luxemburg, Westdeutschland und Frankreich nicht auch »arme« Länder wie Griechenland, Irland und Portugal gibt.

Eine Folge davon ist, daß der Europäer nun in höherem Maße in seine Bildung und seine Freizeit investieren kann. Dafür ein paar Beispiele: Die Zahl der Mitglieder des berühmten *Club Méditerrané* ist von bloß 2300 im Jahre 1950 auf über zwanzig Millionen gestiegen. Freizeit ist übrigens eine der wichtigsten Quellen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze geworden. Dank der Demokratisierung des Unterrichtswesens und der Verlängerung der Ausbildungszeit treten junge Menschen heute deutlich später in das Berufsleben ein. Die Struktur des in Ausbildung stehenden Teiles der Bevölkerung hat sich eindrucksvoll gewandelt: 1986-1987 besuchten 22,7 Millionen Kinder den Grundschulunterricht (1970-1971 waren es noch 29 Millionen); andererseits ist die Zahl der Studierenden von 3,5 Millionen im Jahre 1970/71 auf 6,6 Millionen im Jahre 1986/87 gestiegen. Davon sind 46 % Frauen. Die 38-Stunden-Woche hat sich im großen und ganzen durchgesetzt, ja, man peilt mancherorts bereits die 35-Stunden-Woche an. Bloß 50 % der fünfzigjährigen Frauen sind noch erwerbstätig. Zahlreiche Männer treten schon mit 60 Jahren in den Ruhestand; zu diesem Zeitpunkt haben sie im Schnitt noch 15-20 Jahre der Muße vor sich. Jungen Europäern ist heutzutage die Freizeit wichtiger als die Arbeit, obwohl fast alle arbeiten wollen und Arbeitslosigkeit bei ihnen als Makel gilt.

Mittlerweile hat sich jedoch auch der Arbeitsinhalt gewandelt: 60 % aller Beschäftigten sind im Dienstleistungssektor tätig (bei Eckwerten von 68,8 % in den Niederlanden und 44,2 % in Portugal); dagegen arbeiten weniger als 8 % in der Landwirtschaft (2,4 % in Großbritannien und 26,6 % in Griechenland). Die Zahl der Arbeitsplätze in Industrie und Landwirtschaft nimmt konstant ab. Auch der Sinn des Arbeitens ist ein anderer geworden. Während Lohn und Gehalt nach wie vor ein Ansporn sind, gewinnt die soziale Komponente der Arbeit (Integration in eine Gruppe, Kontakt mit anderen Menschen) für eine immer größere Anzahl von Beschäftigten immer mehr an Bedeutung. Viele halten Arbeitslosigkeit für gleichbedeutend mit einem Ausschluß aus der Gesellschaft. 1991 gab es über 13 Millionen Arbeitslose (das heißt 9 % der aktiven Bevölkerung; davon 12 % bei den Frauen und 7 % bei den Männern). Konzentriert ist die Arbeitslosigkeit in Spanien (16,2 %), in Irland (16,7 %), im Norden

Englands und in Süditalien. Mittlerweile entscheiden sich immer mehr europäische Arbeitnehmer für Teilzeitbeschäftigung bzw. sehen sich dazu gezwungen, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen (1988 waren es 13,2 %, davon 28,1 % bei den Frauen und 3,9 % bei den Männern). Dies trifft insbesondere für die Niederlande und für Großbritannien zu.

Eine große Zahl von Arbeitslosen ist arm. Aber es gibt noch zahlreiche andere arme Menschen in Europa. Der Einschätzung mehrerer Universitäten zufolge zählt das »Europa der Zwölf« etwa 15 % Arme (44 Millionen im Jahre 1975, aber schon 50 Millionen im Jahre 1990); die Ziffer liegt zwischen 7-8 % der Bevölkerung in den Benelux-Staaten und bei 30 % in Spanien, Portugal und Griechenland. Alle Beobachter stimmen darin überein, daß die Kluft zwischen den Reichsten einerseits und den Ärmsten andererseits ständig zunimmt. Bedauerlicherweise wird der soziale Aspekt in der Europäischen Gemeinschaft aber trotzdem auch weiterhin vernachlässigt. Zweifellos haben der Sozialfonds sowie der Fonds für Regionale Entwicklung (ein Etat von insgesamt acht Milliarden Ecus im Jahre 1989) die Entwicklung der rückständigsten Regionen der EG gefördert, aber Präsident Delors persönlich hat zugegeben, daß für die Stärkung des »sozialen Raumes« in Europa noch nicht genügend getan wird. Seit 1965 gibt es eine Sozialcharta für Europa, die vom Europarat vorgelegt, aber von einer Anzahl von Mitgliedsstaaten noch nicht ratifiziert worden ist. Auf der Straßburger Gipfelkonferenz (9. Dezember 1989) wurde von elf Mitgliedsstaaten (die »Zwölf« mit Ausnahme von Großbritannien) eine Erklärung hinsichtlich einer »Europäischen Charta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer« gebilligt. Jedoch ist diese »Sozialcharta« noch sehr beschränkt. Sie beweist, daß Politiker für den wirtschaftlichen Bereich bei weitem mehr Interesse aufbringen als für den sozialen Bereich – was übrigens auch nach dem Gipfel von Maastricht noch Gültigkeit besitzt.

### *Die demographische Krise*

Das Ansteigen des Lebensstandards, die breitere Zugänglichkeit des Wissens, die Emanzipation der Frau, die sexuelle Revolution sowie eine ganze Reihe anderer Faktoren, wie z. B. das »Ende der Ideologien«, haben dem Individualismus mit all seinen positiven und negativen Seiten Vorschub geleistet. Dies hat sich insbesondere auf die Beziehung zwischen den Geschlechtern ausgewirkt. Obgleich die überwiegende Mehrheit der Europäer der Familie immer noch den höchsten Stellenwert nach der Gesundheit zuweist, sind dieselben Europäer nicht mehr bereit, ihr persönliches Glück einem mißlungenen Familienleben, oder ihre Freizeit einer größeren oder kleineren Anzahl von Kindern zu opfern, die sehr bald als zu große Belastung empfunden werden. Die Folgen sind bekannt.

Die Zahl der Scheidungen ist in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft von 125 300 im Jahre 1960 auf 534 200 im Jahre 1988 gestiegen (zu beachten ist dabei, daß die Scheidung in Irland verboten ist und in Spanien und Italien bis zum Ende der siebziger Jahre illegal war). In Frankreich gab es 1988 3,5 mal mehr Scheidungen als im Jahre 1960, in Belgien und in den Niederlanden waren es 4,5 bzw. 5 mal mehr. Auf 100 Eheschließungen kamen in Dänemark im Jahre 1987 45 Scheidungen, in Schweden waren es 43, in England und Wales 41. Aber auch in den meisten Ländern im Nordwesten Europas lag die Zahl der Scheidungen bei etwa 30 %. Besonders in Nordeuropa sind außereheliche Partnerschaften bei jungen Erwachsenen immer häufiger anzutreffen. Diesem Umstand entsprechend ist auch der Prozentsatz unehelicher Kinder in der Europäischen Gemeinschaft von 4,5 % im Jahre 1960 auf 17,1 % im Jahre 1989 gestiegen (er erreichte in Dänemark 45 %, in Frankreich 28 % und in Großbritannien 27 %). Über die Anzahl der Abtreibungen liegen uns nur wenige zuverlässige Daten vor. Nichtsdestotrotz muß darauf hingewiesen werden, daß in den meisten westeuropäischen Ländern auf 100 Geburten 15-35 Abtreibungen entfallen (für die Länder Mitteleuropas liegt diese Zahl bedeutend höher).

Zweifelloos ist das drastische Sinken der Geburtenziffer derjenige Faktor, der zu der größten Sorge um die Zukunft Europas berechtigt. Hier wäre eine gründlichere Analyse durchaus angebracht. Am 27.-29. November 1991 fand in Luxemburg ein wichtiger Kongreß über die »Menschlichen Ressourcen in Europa am Vorabend des 21. Jahrhunderts« statt, der von Eurostat, dem statistischen Dienst der Europäischen Gemeinschaft, organisiert worden war (*Human Resources in Europe at the Dawn of the 21st Century*). Auf diesem Kongreß wurde u.a. auch eine Einschätzung der Zukunft der Bevölkerung der EG-Staaten vorgelegt. Obwohl die Bevölkerung der Mitgliedsstaaten in dem Zeitraum von 1960 bis 1990 von 296 Millionen auf 344 Millionen angestiegen ist, ist der Prozentsatz dieser Bevölkerung innerhalb der Weltbevölkerungszahl von 9,8 % auf 6,5 % gesunken. Der vorsichtigsten Einschätzung zufolge wird die Bevölkerung der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 2020 nicht mehr als 339 Millionen betragen (d.h., 4,2 % der Weltbevölkerung). Eine optimistischere Einschätzung liegt bei 397 Millionen (4,9 %). Auf jeden Fall wird diese Bevölkerung durch zunehmende Vergreisung gekennzeichnet; im Jahre 1960 betrug die Gruppe der 0-19jährigen 32 %, diejenige der 20-39jährigen 28 %, die Gruppe der 40-59jährigen lag bei 24 %, der 60-79jährigen bei 14 % und die Gruppe der 80- und über 80jährigen betrug 2 %. Demgegenüber betragen diese Zahlen 1990 jeweils 25 %, 31 %, 24 %, 16 % und 3 %. Vorsichtige Einschätzungen ergeben für das Jahr 2020 die folgenden Zahlen: 20 %, 25 %, 30 %, 21 % und 5 %.

Wie bereits erwähnt, ist der wichtigste Faktor in dieser Entwicklung mit Sicherheit die abnehmende Gebärwilligkeit der Frauen. 1960 kamen in der Euro-

päischen Gemeinschaft noch 2,63 Kinder auf jede Frau (2,37 in der Bundesrepublik Deutschland, 3,70 in Irland). Eine minimale Prognose ergibt für die EG im Jahre 2019 jedoch nur noch 1,50 Kinder pro Frau, während die Maximalprognose noch bei 2,00 Kindern liegt. Ohne Einwanderungen und ungeachtet der verlängerten Lebenserwartung wird die Bevölkerung der EG-Länder deutlich schrumpfen. Um sie stabil zu halten, müßte die Anzahl der Kinder pro Frau 2,10 erreichen. In Norditalien und in Katalonien liegt dieser Wert jedoch nur bei 1,0. Wunsch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander: Gemäß der europäischen Umfrage über diese Werte (1990-1991) wünschen sich die Europäer einen mittleren Wert von 2,50 Kindern pro Ehepaar. Übrigens wird diese rückläufige Entwicklung auch in Japan, im europäischen Teil Rußlands, in Mitteleuropa (mit Ausnahme von Polen) und bei der weißen Bevölkerung der Vereinigten Staaten beobachtet.

Mittlerweile tragen Einwanderer dazu bei, die Bevölkerung zu stabilisieren; gleichzeitig stellen sie auch einen beachtlichen Teil der erforderlichen Arbeitskraft. Ein Großteil der Einwanderer, die in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft leben, sind europäischer Abstammung: 38,8 % kommen aus einem anderen Mitgliedstaat der EG, über 25 % aus einem anderen europäischen Land und nicht mehr als ein gutes Drittel (bei gleichen Anteilen) aus Afrika und den übrigen Teilen der Welt, und zwar vornehmlich aus Marokko und Algerien, dem sogenannten Maghreb, sowie aus Tunesien. Dabei gibt es jedoch große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern: Während in Frankreich z.B. 43 % der Einwanderer Afrikaner sind, kommen in Großbritannien 45 % von anderen Erdteilen und in Westdeutschland 57 % aus anderen europäischen Ländern. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß nicht mehr als acht Millionen (2,55 % der gesamten Bevölkerung) aus Ländern kommen, die nicht der EG angehören. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten setzt sich dagegen ganz anders zusammen: 1990 war etwa jeder vierte Amerikaner afrikanischer, asiatischer, südamerikanischer oder indianischer Abstammung. (1980 war es noch jeder fünfte). Von einer Gesamtbevölkerung von rund 250 Millionen sind 30 Millionen Schwarze (+ 13,2 % im Vergleich zu 1980), 7,3 Millionen Asiaten (+ 108 %) und 22,4 Millionen »Hispanos« (+ 53 %).

Ein ganz großes demographisches Problem zeichnet sich heute schon im Mittelmeerraum ab. Schätzungen zufolge wird die Bevölkerung von Nordafrika und Südeuropa von 360 Millionen im Jahre 1990 auf 450 Millionen im Jahre 2000 steigen (im Jahre 2025 werden es sogar 550 Millionen sein). Jedoch wird die Bevölkerung Südeuropas – das heißt, von Spanien bis Griechenland – im Jahre 2025 nicht mehr als ein Drittel der gesamten Bevölkerung der Region betragen (zum Vergleich: 1990 waren es noch 50 %, und 1950 sogar noch zwei Drittel). Die Europäische Gemeinschaft wird im Jahre 2025 etwa 350 Millionen Einwohner haben; demgegenüber wird die Bevölkerung der 14 Länder des Mittelmeergebietes mehr als eine halbe Milliarde zählen, und

die Mehrheit davon wird auf islamischem Territorium leben, wo der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerungsstruktur sehr viel größer bleiben wird als in den europäischen Ländern der Region – was besagen will, daß die nordafrikanischen Länder in dem Zeitraum von 1990-2000 rund 25 Millionen neue Arbeitsplätze finden müssen (zwischen 1990 und 2025 werden es sogar insgesamt 60 Millionen Arbeitsplätze sein). Dies bedeutet eine riesige Herausforderung für alle Regierungen. Zumindest teilweise wird die Migration der Menschen von Süden nach Norden durch einen Kapitaltransfer von Norden nach Süden eingeschränkt werden müssen.

Mittlerweile sieht sich Gesamteuropa einer langsam zunehmenden Minderheit von Moslems gegenübergestellt. Schätzungen zufolge betrug diese Minderheit 1990 rund 8,5 Millionen Menschen; davon lebten drei Millionen in Frankreich, 1,7 Millionen in Deutschland, eine Million in Großbritannien und der Rest vorwiegend in Belgien, den Niederlanden und in Italien (illegale Einwanderer werden in diesen Zahlen nicht berücksichtigt). Die Integration dieser Menschen und ihrer Kinder wird zahlreiche Probleme mit sich bringen. Vor allem die großen Städte werden in zunehmendem Maße eine multikulturelle und multireligiöse Entwicklung erfahren.

Die Einwanderungsbewegung aus dem südlichen Teil der Welt stößt heute auf eine andere Wanderbewegung, die aus dem Osten kommt. Mit oder ohne Einwanderungspapiere suchen Millionen von Menschen ihr Glück in Westeuropa, vor allem in Deutschland. Allein im Jahre 1991 haben mindestens 200 000 Menschen hier Asyl beantragt. Für ganz Westeuropa ist die Zahl der Asylsuchenden von 70 000 im Jahre 1983 auf 440 000 im Jahre 1990 gestiegen. Und niemand wagt es, eine Prognose über die Zahl der Einwanderer aus den Ländern der früheren Sowjetunion zu stellen, wo den Menschen im Jahre 1993 Freizügigkeit gewährt werden soll (Schätzwerte liegen zwischen fünf und zwölf Millionen).

Diese Wanderbewegungen tragen dazu bei, die Angst vor den »Fremden« anzustacheln. Die politischen Parteien der extremen Rechten profitieren von dieser Angst; oft wird die Öffentlichkeit von ihnen falsch informiert. Mittlerweile organisieren sich diese Parteien sogar schon länderübergreifend, sozusagen auf europäischer Ebene. Meinungsforschungen haben jedoch ergeben, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sehr viel Toleranz aufbringt, im Gegensatz zu ihrer negativen oder sogar sehr negativen Einstellung gegenüber Drogenabhängigen, Aidskranken sowie Links- und vor allem Rechtsextremisten. – Nebenbei bemerkt gab es in der Europäischen Gemeinschaft 45 342 Unfalltote (die neuesten verfügbaren Zahlen stammen aus dem Jahre 1987). 1990 gab es 28 920 an Aids erkrankte Menschen in der EG. Keine Daten liegen zur Zeit für die Drogenabhängigen vor, doch ihre Zahl steigt unentwegt von Jahr zu Jahr.

## DIE ENTWICKLUNG DER GEISTIGEN HALTUNG

Nicht nur die Statistiken der europäischen Verwaltungsapparate können uns helfen, die »Zeichen der Zeit zu lesen«, die Westeuropa charakterisieren. Auch der Meinung und den Überzeugungen der Männer und Frauen Europas muß Rechnung getragen werden, was die Stiftung *European Values Study* dazu bewogen hat, in dem Zeitraum 1990-1991 ihre große Umfrage von 1981 zu wiederholen. Wir berufen uns im folgenden auf ihre Erkenntnisse.

Das Europa, von welchem hier die Rede ist, umfaßt die folgenden Länder: Belgien, Frankreich, Westdeutschland, Großbritannien, Nordirland, die Republik Irland, Italien, die Niederlande, Portugal und Spanien. Tausende von Menschen wurden in Interviews aufgefordert, sechs Werte (Arbeit, Freizeit, Freunde und Verwandte, Familie, Politik, Religion) nach ihrer persönlichen Bedeutung für sie einzustufen. Fügen wir der Kategorie »sehr wichtig« noch eine weitere Kategorie, »ziemlich wichtig«, hinzu, so ergibt sich für die zehn Länder in ihrer Gesamtheit die folgende Struktur: Familie (96 %), Freunde und Verwandte (90 %), Arbeit (87 %) und Freizeit (82,5 %); mit weitem Abstand folgen diesen Werten Religion (49 %) und Politik (34 %). Festzuhalten ist, daß die Familie, die von 81 % als »Sehr wichtig« eingeschätzt wurde, alle anderen Werte bei weitem übertrifft (die Arbeit kommt mit 52 % an zweiter Stelle). Selbstverständlich gibt es beachtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. So erreicht zum Beispiel die Religion in Irland 83,5 %, im Vergleich zu nur 36 % in Deutschland; ebenso erzielte die Politik in den Niederlanden 53 %, in Spanien dagegen nicht mehr als 20 %.

Bedeutende Unterschiede, zugleich aber auch häufig gemeinsame Tendenzen werden erkennbar bei dem Versuch, das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen ihrer Länder zu messen. In Tafel 1 wurde der Kategorie »großes Vertrauen« auch die Kategorie »mäßiges Vertrauen« hinzugefügt. Beachtenswert ist, daß das (zunehmende) Vertrauen in Europa durchaus keine Abnahme der Vaterlandsliebe nach sich zieht. Die überwiegende Mehrheit der Europäer bezeichnet sich selbst als »sehr stolz« oder »ziemlich stolz« darauf, Bürger des eigenen Landes zu sein – mit einer frappierenden Ausnahme: Deutschland, und natürlich mit unterschiedlichen Nuancen zwischen den einzelnen Ländern.

Tafel 1. Vertrauen in Institutionen (in %)

1.	Polizei	67
2.	Europäische Gemeinschaft	57
3.	Schule	55
4.	Streitkräfte	51
5.	Soziales Sicherheitssystem	39
6.	Große Unternehmen	50

7.	Rechtswesen	51
8.	Kirche	49
9.	Nato	45
10.	Parlament	43
11.	Verwaltung	39
12.	Presse	34
13.	Gewerkschaften	33

Mehr als in anderen, nicht-westlichen Kulturen ist die Emanzipation der Frau ein charakteristisches Problem der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts geworden. Die Umfrage hat den Grad der Zustimmung gegenüber Frauenbewegungen sondiert. Vergleicht man Zustimmung und Ablehnung, so zeichnet sich im kollektiven Bewußtsein Europas eine ganz bestimmte Struktur ab. Auf ganz Europa bezogen, stimmt eine große Mehrheit (60 %) der Frauenbewegung zu, doch diese Mehrheit ist schwächer in Portugal (55 %) und in Spanien (56 %), und sie ist inexistent in Italien (43 %); dagegen ist sie recht stark in Irland (85 %) und in Großbritannien (73 %), wo sie selbst die drei skandinavischen Länder übertrifft. Der Unterschied zwischen den Mittelmeerlandern und den anderen Staaten ist augenfällig, während der klassische Unterschied zwischen katholischen und protestantischen Ländern keine besonders große Rolle zu spielen scheint.

Gründlichere Untersuchungen weisen nach, daß sich die jüngste Generation auf eine manchmal geradezu eindrucksvolle Weise von den älteren Generationen unterscheidet. Besonders in jenen Ländern, wo die Säkularisation noch nicht lange zurückliegt und wo der Wandel immer schneller vor sich geht, lassen die unterschiedlichen Mentalitäten die Ko-Existenz zweier Kulturen erkennen, in welchen selbst Begriffe wie Familie, Arbeit, Religion und Staat für die Jugend eine neue Bedeutung erhalten. Nicht nur bei jungen Menschen, sondern auch bei der Bevölkerung unter 50 Jahren sowie bei vielen älteren Menschen hat sich die Beziehung zu den Kirchen und dem christlichen Glauben geändert. Die Untersuchung der Stiftung *European Values Study* (EVS) liefert zahlreiche Beispiele dafür; wir führen einige von ihnen an.

Obwohl sich 61 % der Europäer als religiös bzw. gläubig bezeichnen (28 % bezeichnen sich als nicht-religiös und 5 % sind überzeugte Atheisten), und obwohl 70 % an Gott glauben und sich mehr als 70 % eine christliche Trauung, Taufe oder Beerdigung wünschen, glauben nur 33 % an die Auferstehung und 21 % an die Menschwerdung Christi. Untersuchungen zufolge glaubt bloß ein Drittel jener Menschen, die an die Auferstehung glauben, auch an die Menschwerdung Christi. Bemerkenswert ist, daß in Schweden 21 % an die Auferstehung und 20 % an die Menschwerdung glauben, während von der belgischen Jugend (18-24 Jahre) 19 % an die Auferstehung und 18 % an die Menschwerdung glauben. Diese Werte sind mit jenen vergleichbar, die das Verständnis

Gottes (die Vorstellung von Gott) belegen: 38 % glauben an einen persönlichen Gott, während 32 % an eine Art Geist oder Lebenskraft glauben. Diese Zahlen betragen für Irland 67 % bzw. 24 %, und für die Niederlande 28 % bzw. 41 %. Gott wird also in zunehmendem Maße als »immanent« und in immer geringerem Maße als »der Nächste«, der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, empfunden.

Selbstverständlich wirkt sich eine solche geistige Haltung auch auf die Einstellung der Europäer gegenüber ihren Kirchen aus. Besonders aufschlußreich ist in dieser Hinsicht die Reaktion auf die Frage, ob die Kirchen in den einzelnen Ländern Europas angemessene Lösungen für bestimmte Probleme anzubieten haben. Mit Hinblick auf die moralischen Anliegen und Nöte des einzelnen sind 36 % der erhaltenen Antworten positiv; daß Kirche in Fragen der Familie bzw. der Gesellschaft die richtigen Antworten bieten kann, glauben 32,5 % bzw. 27 % der Befragten; und nur dort, wo es um die seelischen Nöte des einzelnen Menschen geht, sind die Antworten (mit 54 %) überwiegend positiv.

Nuancen in den Erwartungen an die Kirchen lassen sich aus der folgenden Tafel ablesen; sie enthält die (für Europa geltenden) Antworten auf die Frage, ob es richtig oder normal sei, daß die Kirchen über bestimmte Themen ihre eigenen Auffassungen besitzen.

*Tafel 2. Es ist normal, daß die Kirchen eigene Meinungen über folgende Themen haben (positive Antworten in %)*

1. Abrüstung	54
2. Abtreibung	50
3. Probleme der Dritten Welt	76
4. Außereheliche Beziehungen	39
5. Arbeitslosigkeit	45
6. Rassendiskriminierung	67
7. Euthanasie (Sterbehilfe)	56
8. Homosexualität	34
9. Probleme der Umwelt und des Umweltschutzes	51
10. Regierungspolitik	22

Demnach wird den Kirchen zwar eine eigene Meinung in Fragen ganz allgemeiner Natur zugestanden; doch das Recht auf Einmischung in eher persönliche Belange wird ihnen verweigert.

Zusammenfassend und ohne allzusehr auf feinere Nuancen einzugehen, läßt sich sagen, daß der Durchschnittseuropäer sich in zunehmendem Maße eine individuelle Auffassung zurecht-»bastelt«, und zwar auf allen Gebieten, von der Ethik bis zur Politik und vom Glauben bis hin zur Familie. Dieser Indivi-

dualismus weist auf zweierlei Dinge hin: Er läßt einerseits einen gewissen Narzißmus erkennen, andererseits aber auch eine von beiden Seiten akzeptierte Anerkennung der großen Bedeutung der persönlichen Freiheit. Ebenso kann größere Toleranz sowohl einen gewissen Relativismus als auch eine größere Achtung für das »Anders-Sein« des Nächsten bedeuten. Übrigens gibt dieser europäische »Individualist« sich im Grunde recht sozial: stärker als im Jahre 1981 vertraut er heute den Gewerkschaften, den großen Unternehmen und, besonders in der Europäischen Gemeinschaft, dem System der sozialen Sicherheit sowie der Ausbildung. Er bleibt auch weiterhin in seiner Stadt, seiner Region, seinem Land verwurzelt und ist bereit, seiner Familie (und zwar in den weitaus meisten Fällen ausschließlich dieser!) sein Leben zu opfern. Er mag keine extremen Einstellungen, sondern sucht Ausgewogenheit, einen mittleren Standort zwischen zahlreichen Werten, die er als komplementär erkennt, wie Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gleichheit, Familie und persönliche Entspannung. Aber in dem traditionellen Spannungsfeld zwischen der Immanenz und der Transzendenz Gottes scheint der Europäer mehr und mehr zum Verfechter der Immanenz, ja sogar eines Agnostizismus religiöser Färbung zu werden. Bloß eine kleine Minderheit erwartet von den Kirchen Europas eine Lösung ihrer Probleme. Mag sein, daß die Abneigung gegen die Kirchen vor allem durch mangelnde Erwartungen seitens der Kirchen bedingt ist.